

Solidarität

Organ des Verbandes der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint alle vierzehn Tage Sonnabends. — Preis vierteljährlich 50 Pfennige. — Anzeigen, die dreispaltige Zeile 20 Pfennige; Vereins-Anzeigen 10 Pfennige. Sämtliche Postaufkanten nehmen Abonnements an. — Eingetragen unter Nr. 7353 im Post-Zeitungsregister.

Inhaltsverzeichnis. Mitteilungen des Verbandsverbandes. — Die Streiks im Jahre 1902 (Schluß). — Die süddeutsche Konferenz. — Die Zunahme der Frauenarbeit. — Lohn- und Tarifbewegungen. — Korrespondenzen (Leipzig, Breslau, Berlin II, Dresden). — Rundschau. — Anzeigen.

Mitteilungen des Verbandsverbandes.

Am 29. September wurde in **Kaufbeuren** eine **Zahlstelle** gegründet. Vorsitzender ist Max Wassermann, Ringweg 107.

Karlsruhe. Die Adresse des Kassierers ist: S. Seinzmann, Rudolphstr. 3.

Strasbourg i. E. Am 7. Oktober haben die Straßburger Kollegen beschlossen, dem Verband als Zahlstelle geschlossen wieder beizutreten.

Vorsitzender ist Joseph Bartscher, Kaiser Wilhelmstraße 5. — Kassierer ist August Cabalion, Schilfengasse 18.

Hamburg. Die Adresse des Kassierers ist L. Wiele, Jenischstr. 29, III r.

Der Verbandsvorsitzende. J. A.: Paula Thiede.

Die Streiks im Jahre 1902.

(Schluß.)

In den Orten, in welchen Angriffstreiks geführt wurden, waren vor den Streiks schon 2803 Arbeiter vorhanden, welche die geforderten Arbeitsbedingungen hatten, während in 659 Betrieben für 6356 Arbeiter die Forderungen bewilligt wurden, ohne daß es zum Streik kam. Ein Beweis dafür, daß das, was die Arbeiter verlangten, durchaus im Rahmen des Erfüllbaren lag. Wenn es sich nicht um Leute handelt, die Schmutzkonkurrenz treiben, muß der eine Unternehmer erfüllen können, was der andere zugesteht. An hohen Löhnen und kurzer Arbeitszeit ist noch nie ein Gewerbe zu Grunde gegangen, sondern auch in Deutschland ist leicht der Nachweis zu führen, daß Gewerbe und Betriebe mit den günstigsten Arbeitsbedingungen am besten florieren.

Aber auch ein anderer Umstand erweist, daß die Arbeiter nicht leichtsinnige Forderungen stellen. Es handelt sich, wie die Gewerkschaftsstatistik ausweist, bei den an Streiks Beteiligten um Leute, die über die jugendliche Leichtfertigkeit hinaus sind und zum größten Teil eine Verantwortung für ihre Familie haben. Von den 55 713 an den Streiks und Ausperrungen Beteiligten waren nur 3729 männliche und 577 weibliche unter 21 Jahren alt. Dagegen waren 26 019 männliche und 2199 weibliche Streikende verheiratet, die insgesamt 48 962 Kinder unter 14 Jahren zu ernähren hatten. Diese Leute werden sich hüten, unerfüllbare Forderungen zu stellen und ihre Familie der Not preiszugeben, der sie bei Streiks ausgelegt sind, trotz der, nur zu oft sehr geringen Streikunterstützung. Es ist daher nichts anderes als eine Mißachtung der Arbeiter, wenn die Gegner der Arbeiterbewegung davon reden, daß die Arbeiter leichtsinnig Streiks inszenieren. Nur die Unternehmer, welche dem Arbeiter das Recht verweigern, bei den Arbeitsbedingungen mitzubestimmen und diejenigen, welche sich in den Dienst dieses Unternehmertums stellen, können und werden es befreiten, daß es sich für die Arbeiter bei den

Streiks um eine ernste, wohl überlegte Sache handelt, bei der sie ihre kümmerliche Existenz aufs Spiel setzen in dem Bewußtsein, daß es schlimmer ist, unter der herrschenden Ausbeutung dahinzugehen, als durch zeitweilige Vergrößerung ihrer Notlage zu versuchen, dieser Ausbeutung Einhalt zu gebieten. Stets aber versuchen sie zu einer Verständigung zu kommen, selbst da, wo der Unternehmer ihnen mit rücksichtsloser Brutalität entgegentritt und eine sofortige Arbeitsniederlegung am Klage wäre. In 627 Fällen ist 1902 vor der Arbeitseinstellung und in 942 Fällen während derselben versucht, mit den Unternehmern in Unterhandlungen zu treten, doch wurde dieser Versuch in 381 Fällen zurückgewiesen. Deutlicher kann die Auffassung, welche ein nicht unbedeutender Teil der Unternehmer über die Arbeiterrechte hat, nicht zum Ausdruck kommen. Man muß aber solchen Verhandlungen beigegeben haben, um zu wissen, daß bei denselben die Unternehmer sich fast ausnahmslos so stellen, als erweisen sie den Arbeitern eine besondere Gnade, wenn sie zu einer Verhandlung zugelassen werden. Nach den Erfahrungen, welche wir bezüglich der Auffassung der Mehrheit der Unternehmer über das Recht der Arbeiter haben, eine Veränderung der Arbeitsbedingungen zu verlangen, und nach dem, was die Streikstatistik über die Möglichkeit, gestellte Forderungen zu bewilligen, erkennen läßt, kann man nur zu dem Ergebnis kommen, daß die für die Streiks gebrachten Opfer zum Teil hätten vermieden werden können, wenn unser Unternehmertum die natürlichsten Arbeiterrechte anzuerkennen geneigt wäre. Die Arbeiter werden und müssen sich diese Anerkennung erkämpfen und wären die Opfer, welche sie dafür bringen, auch noch höher, als sie bisher waren.

Charakteristisch für deutsche Verhältnisse ist es auch, daß die meisten Streiks im Jahre 1902 ebenso, wie 1901, geführt werden mußten, um eine Lohnreduzierung abzuwehren, und noch charakteristischer der Umstand, daß 47,3 pCt. dieser Streiks mit vollem

Erfolg endeten. Das heißt nichts anderes, als daß die Unternehmer veruchten, den Profitausfall auf Kosten der Arbeiter zu decken, in der Hälfte der Fälle aber davon absehen mußten, weil die Arbeiter Widerstand leisteten. 1902 wurden zur Abwehr von Lohnreduzierungen 277 Streiks mit 7676 Beteiligten, 1901 213 solcher Streiks mit 8533 Beteiligten geführt. Welcher Art die Ursachen der Streiks waren, zeigt die untenstehende Tabelle.

Bei den Angriffstreiks wurde 1902 ferner bei 25,7 pCt. der Streiks und für 53,7 pCt. der Beteiligten, und bei den Abwehrstreiks bei 16 pCt. der Streiks für 28,7 pCt. der Beteiligten teilweiser Erfolg erzielt. Das Ergebnis der Streiks war im Jahre 1902 demnach nicht günstiger als 1901, eine Folge der wirtschaftlichen Konjunktur, deren tiefer Stand, beurteilt nach den Ergebnissen der Statistik der früheren Jahre, auch in der größeren Zahl der Abwehrstreiks zum Ausdruck kommt.

Von den gesamten Streiks wurden 4244 Betriebe mit 63 217 männlichen und 6164 weiblichen Arbeitern betroffen. Die Arbeiterzahl bezieht sich für die Betriebe, in welchen Arbeiter verschiedener Berufe beschäftigt sind, nur auf die Betriebsabteilungen, in welchen gestreikt wurde. Von den Streikenden gehörten bei Beginn der Streiks 41 199 männliche und 2403 weibliche der Organisation an, doch waren nur 23 415 männliche und 1051 weibliche bereits länger als 6 Monate vor Beginn der Streiks organisiert. Von den Streiks fanden nur 59 nicht die Zustimmung der Zentralverwaltung des Verbandes, ein Beweis dafür, daß auch die Zentralverbände, trotz nicht günstiger Konjunktur, in fast allen Fällen anerkannten, daß kein anderes Mittel übrig blieb, als zum Streik zu greifen. Das Vorhandensein dieses Genehmigungsrechtes zeigt auch, daß die Organisationen sehr genau prüfen, ob nicht in anderer Weise den Wünschen der Arbeiter Geltung verschafft werden kann und daß von einem leichtsinnigen Vorgehen der organisierten Arbeiter nicht die Rede ist.

Ursache der Streiks	1901		1902		Erfolgreich in Prozenten			
	Streiks	Be- teiligte	Streiks	Be- teiligte	1901		1902	
					der Streiks	für Be- teiligte	der Streiks	für Be- teiligte
Angriffstreiks:								
Verkürzung der Arbeitszeit	5	188	1	6	60,0	38,2	100,0	100,0
Lohnerhöhung	127	11 323	185	17 899	48,3	36,4	48,9	33,6
Verkürzung der Arbeitszeit und Lohn- erhöhung	108	6 316	60	13 587	34,3	28,7	28,3	10,8
Beseitigung mißliebiger Personen	15	289	5	127	53,3	63,0	20,0	14,1
Verschiedene Forderungen und Ursachen	36	4 645	38	1 040	17,2	6,2	34,4	48,4
Summa	291	22 761	289	32 659	37,4	28,5	42,4	16,9
Abwehrstreiks:								
Ausperrungen	35	8 460	56	6 791	25,7	34,9	15,4	16,9
Austritt aus der Organisation	15	1 230	4	135	6,7	1,4	50,0	13,3
Maßregelung	60	2 813	79	2 283	33,3	29,4	46,0	53,7
Nichtinnehaltung der allgemein üblichen Arbeitsbedingungen	21	764	46	1 821	47,7	22,1	66,7	43,3
Lohnreduzierung	213	8 533	277	7 676	37,6	26,0	47,3	41,8
Verlängerung der Arbeitszeit	19	1 235	22	973	47,3	55,3	32,7	11,0
Einführung einer Fabrikordnung	6	275	8	140	53,3	96,4	28,6	20,0
Schlechte Behandlung der Arbeiter	7	168	10	172	57,1	55,9	40,0	29,6
Verschiedene Ursachen	60	2 283	70	3 073	33,3	26,7	43,1	22,5
Summa	436	25 761	572	28 054	36,3	34,3	43,7	32,8

Die Streiks wurden in 175 Fällen durch einen Vergleich der direkt Beteiligten, durch Vermittlung der lokalen Verwaltung der Organisation in 184, des Zentralvorstandes in 86, des Gewerbegerichts in 34 und anderer Personen in 24 Fällen beendet.

Von den Streiks waren 778 mit 16871 Beteiligten Einzelstreiks, die sich nur auf einen Betrieb erstreckten. Nur 83 Streiks wurden geführt, bei denen es sich um ein gleichzeitiges Vorgehen der Arbeiter mehrerer Betriebe handelte, jedoch entfallen auf diese gemeinsam geführten Streiks von der Gesamtzahl der Beteiligten von 35713 allein 38842.

Von den gesamten Kosten der Streiks, die 2237504 Mk. betrugen, kamen allein 2041181 Mk. aus den Mitteln der an den Streiks beteiligten Organisationen. 114906 Mk. wurden durch freiwillige Beiträge aufgebracht, 53593 Mk. waren Beiträge anderer Gewerkschaften, 25578 Mk. kamen aus allgemeinen Sammlungen und 2246 Mk. aus dem Auslande. Die Art der Aufbringung der Mittel gibt gewissermaßen einen Einblick darin, in welchem Maße die Finanzkraft der Gewerkschaften im Laufe der Jahre erkrankt ist. Deshalb ist in der folgenden Tabelle nachgewiesen, wie sich in den Jahren auf welche sich die Statistik erstreckt, die Aufbringung der Mittel gestaltete.

Jahr	Gesamt- kosten der Streiks Mk.	Daraus kamen		
		aus der Kasse der im Streik beteiligten Organi- sationen Mk.	Prozent der Gesamt- ausgabe	aus dem Auslande Mk.
1890/91	2 094 922	1 215 025	58,0	126 125
1892	84 638	29 271	34,0	4 616
1893	172 001	64 123	37,0	3 133
1894	354 297	85 341	24,0	2 464
1895	424 231	204 970	48,0	2 994
1896	3 042 950	724 603	24,0	84 648
1897	1 257 298	775 361	62,0	1 949
1898	1 845 302	1 051 074	78,0	3 182
1899	2 627 119	2 016 157	77,0	7 076
1900	2 936 030	2 487 853	84,4	5 800
1901	2 515 888	1 784 491	68,9	103 806
1902	2 237 504	2 041 181	91,2	2 246
Ges.	19 092 180	12 429 450	65,1	347 486

In den Jahren, in welchen die Gewerkschaften ihren unangünstigen Stand hatten, waren sie genötigt, bei Beginn eines Streiks andere Organisationen um Hilfe anzurufen oder Sammlungen zu veranstalten. Nach der Erkrankung der Organisation kam man dazu, die Streikkosten aus den Kassen der Verbände zu decken. Im Jahre 1902 wurden 91,2 pCt. der Kosten der Streiks von den direkt beteiligten Gewerkschaften selbst aufgebracht. In den Jahren, in welchen ein Rückgang dieses Prozentsatzes gegenüber den Vorjahren vorhanden, wurden Streiks geführt, deren Unkosten zum großen Teil aus den Beiträgen nicht direkt beteiligter gedeckt werden mußten. So 1896 der Streik der Fabrikarbeiter und Seelente in Hamburg und 1901 der Generalstreik der Glasarbeiter. In solchen Ausnahmefällen ist es selbstverständlich, daß von der nicht unmittelbar beteiligten Arbeitererschaft Hilfe geleistet wird, und sie wird gern geleistet, weil auch die der Hilfe bedürftigen Gewerkschaften bestrebt sind, die nötigen Mittel anzufammeln, um für den Kampf gerüstet zu sein. Darin ist in dem letzten Jahrzehnt ein ganz gewaltiger Fortschritt erzielt und finden wir darin die Gewähr, daß den Gewerkschaften trotz der Niederlagen, welche sie in langen und schweren Kämpfen erlitten haben, die Zukunft gehört.

Das Jahr 1902 brachte den Gewerkschaften gleichfalls nur bei der Hälfte der geführten Kämpfe vollen Erfolg. Berücksichtigt man aber, daß mehr als die Hälfte der Streiks zur Abwehr geführt werden mußten und doch bei vielen die Unternehmer in den meisten Fällen sich in günstigerer Kampfsposition befinden als die Arbeiter, so ist der Erfolg der Kämpfe des letzten Jahres durchaus kein ungünstiger zu nennen. Die Verluste, welche die Arbeiter in diesen Kämpfen erlitten haben, zeigen uns aber wiederum, daß die Rüstung für den Kampf noch nicht ausreichend war. Es muß daher das Ergebnis der Streikstatistik eine Mahnung an die Arbeitererschaft sein, weiter zu rüsten, die Organisationen zu stärken und für die Ansammlung genügender Mittel zur Führung des Kampfes zu sorgen. Weiter aber

ist zu beachten, daß die Arbeiter auf das genaueste prüfen müssen, ob es ratsam ist, in der Zeit der ungünstigen Konjunktur auf jede Provokation der Unternehmer hin zum Streik zu greifen. Mühsig erwägend und die eigenen, wie die Kräfte des Gegners sorgsam prüfend, muß entschieden werden, ob das letzte Mittel, welches den Arbeitern zur Verfügung steht, angewandt werden soll. Kommt es hierzu, dann muß treues Aushalten und feste Entschlossenheit den Kampf auszeichnen. Gelingt dieses, so werden wir Schritt für Schritt vorwärts kommen und die Zahl der ungünstig für die Arbeiter verlaufenden Kämpfe wird wesentlich geringer werden. C. Legien.

Die süddeutsche Konferenz.

Die erste Konferenz süddeutscher Zahlstellen des Verbandes der in Buch- und Steinbruckerien beschäftigten Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen tagte am letzten Sonntag in Stuttgart im Gewerkschaftshaus unter dem Vorsitz von Frau Paula Thiede-Berlin. Durch Delegierte vertreten waren die Zahlstellen Kassel, Frankfurt a. M., Mainz, München, Augsburg, Nürnberg, Bielefeld, Karlsruhe, Straßburg, Stuttgart. Kurz nach 9 Uhr wurde die Konferenz mit einer Ansprache von Frau Thiede eröffnet, welche die Erschienenen herzlich willkommen hieß. Der Verbandsvorstand habe seine Wünsche und Kosten geäußert, um die junge, erst seit 1898 bestehende Organisation in die Höhe zu bringen. Der Verband gehören heute ca. 2500 Mitglieder an; diese Zahl könnte eine weit höhere sein, wenn nicht gerade Süddeutschland die Indifferenz unter den Arbeiterinnen und Arbeiterinnen und eine so große wäre. Die Zahl der Zahlstellen im Süden ist vielen Orten Zahlstellen vorhanden, aber nur, um bald darauf wieder zu verschwinden. Der Hauptmangel in dem Mangel einer einheitlichen Organisation; man müsse darnach streben, die einzelnen Zahlstellen nicht zu verlieren, sondern sie ständig an den Zentralverband zu fesseln. Die Konferenz werde Mittel und Wege zu suchen haben, um auch im Süden eine Besserung zu erzielen und wenn überall die Personen, welche an die gleiche Stelle gerufen werden, ihre volle Schuldbefreiung tun, dann werde der Erfolg auch nicht ausbleiben.

Kollege Wenn a. a. begräutete lobend die Delegierten namens der Zahlstelle Stuttgart, den Verhandlungen einen guten Erfolg wünschend. In Vorstehenden wurden Frau Thiede und Kollege Albert Schmidt-München, zum Schriftführer der Konferenz B. Hof-Karlsruhe gewählt. Als Berichterstatter ist A. Sauerbach zugegen. Die mündlichen von den einzelnen Delegierten erstatteten Situationsberichte zeigten ein wenig erfreuliches Bild; fast von allen Orten wurde berichtet werden, daß es großer Anstrengungen einzelner bedürfte, um die Zahlstellen über Wasser zu halten bzw. aufgelöst wieder ins Leben zu rufen. Die Mitgliederzahl ist vielfach zurückgegangen, so namentlich in Mainz, Nürnberg, Augsburg; an letzterem Orte gehört der Zahlstelle neben dem Ausschuss nur noch ein Mitglied an. Auch Stuttgart hat einen Rückgang zu verzeichnen. Hoffnungsvoller Klang der Bericht von Karlsruhe, wo die Mitgliederzahl von 33 auf 63 gestiegen ist. Den besten Eindruck machten die Ausführungen der Münchener Delegierten Fräulein Kautmann. Die dortige, erst ein halbes Jahr bestehende Organisation zählt zurzeit 419 Mitglieder; der große Aufschwung sei in erster Linie der unermüdbaren Tätigkeit des Vorstehenden Schmidt zu verdanken, dann aber auch dem Entgegenkommen der hiesigen Buchdrucker. Leider mache sich ein Reichentmeister bei der Firma Mühlhölzer einen Sport daraus, die Kolleginnen fortwährend gegen den Verband aufzuheben. Kolleginnen, die in der Cause ihr Organ, die „Solidarität“, lesen, erhalten von diesem Herrn eine Schrift über Geschlechtskrankheiten (in der besonders heisse Stellen unterstrichen sind!) mit der Bemerkung, es wäre besser für sie, sie würden dies lesen statt ihr Verbandsorgan. Eine an die Reichentmeister gerichtete gedruckte Danaflage, welche im Geschichtsjahrbuch, verfaßt der betreffenden Herr mit ordinären Randlossen, deren Widerstand wir untere Lesern eripieren wollen. Die Konferenz gab ihrer lobhaften Entrüstung über das Gebahren dieses Herrn unerschöpflichen Ausdruck. Von einigen Delegierten wurde dann das ablehnende Verhalten eines Teils der Buch- und Steinbrucker gegenüber dem jungen Verband der Hilfsarbeiter einer scharfen Kritik unterzogen, diese Angriffe jedoch von einigen zur Konferenz als Delegierte gewählten Buchdruckern, die selbst für den Hilfsarbeiterverband tätig sind, ebenso energisch zurückgewiesen, wenn auch zugegeben wurde, daß ein Teil der genannten Branchenangehörigen den Bestrebungen der Hilfsarbeiter zum mindesten eine große Verständnislosigkeit entgegenbringe. In der Diskussion über die Situationsberichte wurde das Verhältnis zu den Buch- und Steinbruckern wiederholt getreift, aber

auch betont, daß sich eine so junge Organisation wie die der Buch- und Steinbruckerhilfsarbeiter an die älteren, erfahreneren Verbände anlehnen und von diesen lernen müsse. Zu diesem Zweck sei überall an dieselben heranzutreten und unter moralische Unterstützung zu erziehen; werde diese verteuert, dann müsse man in die betreffenden Branchenvereinigungen gehen und dort sein Anliegen vorbringen; wenn das nichts helfe, seien die Generalkonferenzen anzufragen. Zu bedauern sei ferner die Konkurrenz, welche seitens des Handels-, Transport- und Fabrikarbeiter-Verbandes den Hilfsarbeitern gemacht werde. Die trostlosen Organisationszustände in einzelnen Zahlstellen und deren Ursachen wurden einer eingehenden Besprechung unterzogen und die Erwartung ausgesprochen, daß die heute anwesenden Delegierten alles aufbieten werden, um ihre Zahlstellen wenigstens wieder auf den alten Stand zu bringen. Folgende Resolution wurde hierauf einstimmig angenommen:

„Die am 27. September im Gewerkschaftshaus in Stuttgart tagende Konferenz süddeutscher Zahlstellen des Verbandes der in Buch- und Steinbruckerien beschäftigten Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen beschließt, nachdem sie die Berichte der Delegierten der verschiedenen Orte gehört: Um unsere Organisation besser auszubauen und die uns noch fernstehenden Kollegen und Kolleginnen zu uns heranzuziehen, sowie sie über die Ziele und den Zweck unserer Organisation aufzuklären, sind in allen den in Frage kommenden Druckorten Süddeutschlands sofort Schritte mit den verwandten Verbänden (Buchdrucker- und Steinbrucker-) anzubahnen, um unsere Organisation überall zur Geltung zu bringen.

Die Konferenz wünscht und hofft, daß endlich sämtliche Arbeiter der oben genannten Verbände sich die Resolution des letzten Generalkongresses zu eigen machen und dahin wirken, daß neben den männlichen Hilfsarbeitern auch die in den Berufen der Buch- und Steinbrucker tätigen Frauen und Mädchen der Organisation zugeführt werden.

Die Konferenz ist ferner der Ansicht, daß, wenn in den beiden verwandten Verbänden der erteilte Wille vorhanden, es nur noch eine Frage der Zeit ist, daß auch der Hilfsarbeiterverband eine nicht zu unterschätzende Macht bezüglich der Festsetzung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse wird, wie es die oben bezeichneten Verbände heute schon sind.“

Nach einem dreistündigen instruktiven Vortrag des Reichentmeisters Schmidt über die fernherin zu beobachtende Agitation usw. wurde der Konferenz folgender Antrag unterbreitet und ebenfalls einstimmig angenommen:

„Der Kongress süddeutscher Zahlstellen des Verbandes der in Buch- und Steinbruckerien beschäftigten Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen erblickt in der Einteilung des Verbandes in Agitationsgauen, wie sie in anderen Verbänden, z. B. bei den Buchdruckern, Steinbruckern, Metallarbeitern usw., bereits bestehen, ein besonderes Mittel zur Förderung der Organisation und zur Erhaltung der bestehenden bzw. Gründung neuer Mitgliedschaften. Der Kongress beschließt daher, Süddeutschland in vier Gauen einzuteilen, und zwar 1. Bayern, 2. Württemberg 3. Baden mit Elz und 4. Oden- und Neckar (Mainz, Frankfurt, Kassel). Als Vororte werden bestimmt: für den 1. Gau München, 2. Stuttgart, 3. Karlsruhe, 4. Frankfurt. Die Vororte haben die Gauleiter zu wählen.“

Nach Erledigung einiger interner Verbandsangelegenheiten richteten sowohl Kollege Schmidt wie die Verbandsvorsitzende Thiede aufmunternde, beherzigenswerte Worte an die Delegierten und dankten der Zahlstelle Stuttgart für die freundliche Aufnahme, worauf um 6 Uhr die Konferenz in der Hoffnung geschlossen wurde, bei der nächsten Zusammenkunft über bessere Resultate berichten zu können. R. S.

Die Zunahme der Frauenarbeit.

Die nächste Gewerbebeziehung des Reiches wird jedenfalls beschäftigt, was jetzt schon allgemein in den einzelnen Industrien festbar ist, was Berichte der Gewerbeinspektoren schon dargelegt haben und was auch in früheren Gewerbebeziehungen zur Anschauung gelangt ist, nämlich daß die Frauenarbeit in der deutschen Industrie in steter Zunahme begriffen ist. Jedoch ein zutreffendes und abschließendes Urteil darüber läßt sich natürlich solange nicht fällen, solange nicht bestimmte Zahlen hierzu vorliegen und die Zunahme der Frauenarbeit nur eine willkürliche Annahme bleibt, die sich aus den Beobachtungen der nächsten Umgebung bei den Arbeitern selbst bildet. Diese Annahme wird auch durch die Berichte der Fabrikinspektoren vom Jahre 1902 bestätigt. Die Zunahme der Frauenarbeit tritt in allen Industrien

so offen zu Tage, daß kein Zweifel darüber bestehen kann. Diese Erscheinung liegt in der Entwicklung der Industrie, resp. der Maschinen-technik begründet. Eine vergleichsweise Zunahme wäre ja nichts ungewöhnliches, da die deutsche Industrie sicher an Produktionsfähigkeit in den Jahren zugenommen hat. Aber die Frauenarbeit verdrängt die Männerarbeit, die durch die Maschine erlebte Handarbeit, die bisher von Männern ausgeführt wurde, fertigt nun die Frau an. Ob eine Gefahr darin für die Arbeiterklasse im allgemeinen zu erblicken ist, werden wir später noch unteruchen. Welchen Eingang die Frauenarbeit in allen Industrien findet, dafür gibt der Inspektionsbeamte für Sachsen-Altenburg einen Beleg, der da schreibt: „In allen Gewerben nimmt die Beschäftigung der Frauen an Ausdehnung immer zu und man trifft sie immer häufiger bei Arbeiten, die früher ausschließlich dem Manne vorbehalten waren. Wir finden sie als Dreher, Maler, Gießer, Stanger und Modellleure in den Porzellanfabriken, als Dreher und Posierer in der Holzbearbeitung, beim Ausbohren, Fräsen, Löchern der Steinmühlknöpfe, an den Stangen der Metallbearbeitung, an allen Maschinen der Schiffsfabrikation usw.“ Diese Aufzählungen könnten vom Sachsenner noch beliebig fortgeführt werden. Vielfach sind aber vom gesundheitslichen Standpunkt dagegen Einwendungen zu machen, so wenn Arbeiterinnen an schweren Maschinen beschäftigt werden, soll es doch 3. B. tatsächlich vorkommen, daß Frauen an Prägepressen in Luxuspapierfabriken und in Buchbindereien beschäftigt werden, wo sie Liegedruck verrichten müssen, das heißt also (um es jemand verständlich zu machen, der diesen technischen Ausdruck nicht versteht) die betreffende Arbeiterin muß mit der ganzen Wucht ihres Körpers den Hebel der Presse heunterziehen und sich rücklings auf den Boden werfen, auf dem zur Abschwächung des Falles eine Matratze liegt. Daß eine solche Beschäftigung für die Frau unzulässig ist, weil im höchsten Grade gefährlich und gesundheits-schädigend, bedarf keiner längeren Erklärung. Dergleichen handbalösen Zustände kommen allerdings nur in zurückgebliebenen Gegenden vor, wo die gewerkschaftliche Organisation noch nicht Wurzel gefaßt hat und somit deren Aufsicht fehlt und wo auch die Gewerbeinspektion entweder die Sache nicht kennt, oder wie es ja häufig geschieht, bei ihren Revisionen über den wahren Sachverhalt getäuscht wird; sie sind aber immerhin ein Zeichen dafür, zu welchen schändlichen Auswüchsen in der heutigen Fabrikation es die Profitgier der Unternehmer bringen kann. Dagegen einzuschreiten, sowie die Frauenarbeit auf das weisse Maß des Zulässigen zu beschränken, dürfte Aufgabe der Gewerkschaften sein, weil nicht zuletzt in deren Interesse liegend, und auch Aufgabe der Gesetzgebung, die verpflichtet ist, Leben und Gesundheit der Arbeiter — in diesem Falle der Arbeiterinnen — vor Gefahren zu schützen.

Doch nicht allein vom hygienischen Standpunkte aus sind gegen gewisse Beschäftigungsarten der Frauen Einwendungen zu machen, sondern auch vom volkswirtschaftlichen. Auch der vorhin zitierte Gewerbeinspektor sagt: „Daß die Frau damit eine arge Konkurrentin des Mannes wird, liegt auf der Hand.“ Wir sind gewiß nicht für ein Verbot der Frauenarbeit, aber ebenso, wie der Staat schon durch gesetzgeberische Maßnahmen einschreiten mußte, um die Auswüchse der Frauenarbeit einzudämmen in solchen Betrieben, wo offenbar gesundheitsliche und sittliche Gefahren der Arbeiterin drohen, ebenso müssen sich die Arbeiter gegen Auswüchse der Frauenarbeit wehren, die alles andere, als in ihrem Interesse liegen. Hierbei ist mit Verurteilung auf die allgemeine Gleichberechtigung nicht geschoben, sondern hier gebieten tatsächliche Verhältnisse, die Sache vom anderen Standpunkte aus aufzulösen. Lassen wir die Sache einmal in ruhiger Ueberlegung von dem Standpunkte auf: Der gutbezahlte männliche Handarbeiter wird durch die schlechterbezahlte Maschinenarbeiterin ersetzt, er wird dadurch arbeitslos. Neben mir nun zu unseren weiteren Beobachtungen die Statistik über die Lage des Arbeitsmarktes mit zu Rate. Daraus ergibt sich zunächst, daß Arbeiterinnen immer verlangt werden, während männliche Arbeiter in den Arbeitsnachweisen herumlungern und ziehen müssen, wie vom Arbeitsnachweis vielleicht die eben von ihnen verlassenen Stellen durch Arbeiterinnen besetzt werden. Die Zahl der männlichen Arbeitslosen überwiegt in den öffentlichen Arbeitsnachweisen und wenn wir bedenken, daß sich im günstigsten Falle auf 100

gemeldete Stellen 115 Arbeitslose, im ungunstigsten Falle aber auf 100 gemeldete Stellen 230 und mehr Arbeitslose gemeldet haben und bedenken dabei, daß unter diesen Arbeitslosen sich viele Familienoberhäupter befinden, so erkennen wir darin die ganze Misere, die die Auswüchse der Frauenarbeit schaffen. Der Mann ist nun mal vermöge seiner ganzen sozialen Stellung der Ernährer der Familie und im Volksinteresse, im eigentlichen Interesse der Arbeiterbevölkerung selbst liegt es, daß er dies auch vorläufig bleibt. Dafür ist zunächst ausschlaggebend, daß die Arbeiter im allgemeinen immer noch einen höheren Lohn erhalten, als die Arbeiterinnen. Wird also der Arbeiter durch weibliche Arbeitskräfte aus der Fabrik verdrängt, so erhält die Familie ein niedriges Einkommen, was wahrlich nicht im Interesse des allgemeinen Volkswohles liegen kann, weil dadurch ja die Lebenshaltung der Arbeiterklasse immer mehr herabgedrückt und die Unterernährung weiter begünstigt wird.

Um diesen, gewiß von niemanden zu bestreitenden Missethänden zu begegnen, sind viele Leute einfach auf den Gedanken verfallen, für die Arbeiterinnen die gleichen Löhne zu verlangen, wie sie die Arbeiter erhalten. Es blieb aber beim Fordern und beim theoretischen Auseinanderlegen, daß für gleiche Leistungen auch gleiche Löhne zu beanspruchen sind und das weibliche Geschlecht dieselben Anforderungen ans Leben stellt und zu stellen berechtigt ist, wie das männliche — eine Grundthese, gegen die schließlich niemand etwas einwenden kann. In die Praxis umgesetzt sind aber solche Gleichberechtigungsversuche stets gescheitert. Entweder greift dann der Unternehmer zu männlichen Arbeitskräften zurück und die Frau würde gegebenen Falls dann gänzlich aus der betreffenden Industrie verdrängt, was ganz gewiß nicht in ihrem eigenen Interesse liegt, oder aber, die Arbeiterinnen treten selbst gerührt für diese Forderungen ein, weil sie das eben Geschilderte befürchteten und sie ihre Existenz deshalb nicht aufs Spiel setzen wollten, oder um den Beruf mit einer bedeutend schlechteren Beschäftigungsart nicht zu wechseln. Beweise für ein solches Verhalten, daß die Arbeiterinnen die Forderung der gleichen Löhne nicht unterstühten, liegen vor.

Vom Standpunkte des praktischen Gewerkschafters kann deshalb die Frage nur so gelöst werden: Die Frauenarbeit ist auf gewisse Beschäftigungen in der Industrie und in einzelnen Branchen zu beschränken; ihr Vordringen auf Tätigkeitsgebieten, wo bisher der Mann beschäftigt war, ist nach Möglichkeit Einhalt zu gebieten. Die Frauenarbeit etwa gänzlich aus der Industrie verdrängen zu wollen, wäre offenbare Torheit, die Auswüchse aber, die die kapitalistische Produktionsweise schafft und die das sittliche, gesundheitsliche und volkswirtschaftliche Leben der Arbeiterklasse gefährden, sind zu bekämpfen, und zwar auch von den Gewerkschaften.

Lohn- und Tariffbewegungen im Graphischen Gewerbe.

Berlin. Einen seit Jahren schwer empfindenen Mangelstand in der Druckerei von R. Wosse zu beilegen ist endlich der dort beschäftigten Kollegen gelang. Dasselbst wird die neuntündige Arbeitszeit infolge einer zweistündigen Mittagspause bis 7 Uhr abends ausgedehnt, wodurch bei häufiger Ueberstundenarbeit die zu zahlenden Zuschläge sich bedeutend verringerten. Obwohl das Gesamtpersonal eine Änderung in dieser Beziehung schon des öfteren vergebens verlangte, blieb es dem energischen Vorgehen des organisierten Hilfspersonals vorbehalten, die Geschäftsleitung zu veranlassen, vom 5. Oktober ab die Arbeitszeit bei 1-stündiger Mittagspause um 6 Uhr abends beendigen zu lassen.

Bei Köhn & Söhne, sowie bei Maurer & Timm wurden Lohninflexionen zur Zufriedenheit der Kolleginnen geregelt.

Korrespondenzen.

Zahleke Leipzig. Versammlungsbericht vom 12. September 1903. Kollege Schulze schlägt vor, für die Crimmitschauer Weber 20 Mk. zu bewilligen, was angenommen wird. Hierauf gibt Genosse Nidel in seinem Vortrag über Unterstützungsweisen in den Gewerkschaften an der Hand von vielen Beispielen ein lares Bild, wie weit das Unterstützungsweisen um sich gegriffen hat. Dem Referenten wurde reichlich Beifall gezollt. Kollege Wehborn gibt den Bericht vom Kartell und bemerkt, daß vom 1. Januar 1904 ab in Leipzig ein Arbeitersekretariat in Kraft treten soll, welches außer allen Organisierten auch

Lehrlingen, Dienstmädchen usw., welche sich keiner Organisation anschließen können, kostenlose Auskunft erteilt. Die Köpfer- und Kittenbauer wurden infolge Sonderorganisation im Kartell nicht aufgenommen; die Metallarbeiter sind wieder aus dem Kartell ausgetreten. Zu Punkt 3 wurden in die Kommissionskommission gewählt: die Kolleginnen Wendler und Frommer, sowie die Kollegen Oskar Schmidt, Wolters und Mreßchmar. Die Konstituierung bleibt dem Gesamtvorstande und dem Komitee überlassen. Die Vorarbeiten zum Herbstvergügen werden einem aus 3 Mann bestehenden Komitee sowie dem Vorstand überlassen. In das Vergnügungskomitee wurden die Kollegen Wehborn, Burkler und Oskar Schmidt gewählt. Unter Vorsitzendem wurde noch die Abhaltung eines Kastratenabchiedes nach Schluß der nächsten Versammlung beschlossen und wird um recht zahlreiches Erscheinen gebeten. Hierauf Schluß der mühsig beendeten Versammlung.

Breslau, 14. September. Die heute hier abgehaltene Mitgliederversammlung war sehr schlecht besucht. Da Kollege Abend krank ist, wurde dieselbe vom 2. Vorsitzenden Kollegen Kondziella eröffnet. Das Protokoll wurde verlesen und in seiner Fassung angenommen. Ausgenommen wurde Kollege Grünner. Der Kartellbelegierte gab den Kartellbericht und teilte mit, daß der Brauereireis in der Brauerei Raupach erledigt ist. Wegen Resten wurden Gebauer und Lieblich II getrichen. Zu dem Antrag Merkel erklärte sich die Versammlung für nicht kompetent und wurde beantragt, eine außerordentliche Generalversammlung einzuberufen. Der Antrag des Kollegen Hoffmann auf Arbeitslosen-Unterstützung wurde abgelehnt. Die außerordentliche Generalversammlung findet am 21. Oktober statt. Tagesordnung wird noch bekannt gegeben.

Berlin, Abtelle 11. Bericht von der dritten außerordentlichen Generalversammlung vom 20. September 1903. Nach Verlesung und Annahme des Protokolls der vorigen Versammlung gibt Kollege Reich bekannt, daß sich 8 Kollegen krank und 6 gesund gemeldet haben. Die Bearbeitung der Statistik konnte bisher nicht erfolgen, da der Vorstand mit Arbeiten stark belastet ist. Am 2. September fand eine Druckereiversammlung der Kollegen von Herrmann statt, wo Kollege Grede als Vertrauensmann gewählt wurde. Ebenfalls bei Herrmann wurde, nachdem der Vorstand mit der Geschäftsleitung verhandelt hatte, ein Saalarbeiter eingestellt. Bei der Firma Hempel & Co. sind zwei Schichten eingeführt worden und zwar von 6 bis 2 Uhr, die zweite Schicht von 2 bis 11 Uhr abends; Lohn 27 Mk. Am 4. September verhandelte der Vorstand mit Herrn Ulstein im Beisein des Obmannes des Ausschusses Herrn Raupach und den Vertrauensleuten wegen Neueinstellung von Hilfspersonal, da die dort beschäftigten Kollegen die vorhandenen Arbeiten nicht mehr erledigen konnten. Nach längerer Verhandlung erklärte sich Herr Ulstein bereit, 5 Kollegen einzustellen. Eine Lohnzulage von 2 Mk. forderten die Kollegen der galvanoplastischen Anstalt. Nachdem auch hier der Vorstand verhandelt hatte, war das Resultat folgendes: Es erhielten 1 Kollege 3 Mk., 2 Kollegen 1 Mk., alle übrigen Kollegen 2 Mk. Zulage. Bei Köhner sind die Kolleginnen wegen Lohnerhöhung vorläufig geworden und wurde ihnen dieselbe bewilligt. Unsere Kollegen jedoch haben es unterlassen, den Vorstand zu benachrichtigen. Bei Langenscheidt wurde eine Kollegin entlassen, ebenfalls bei Marchner, jedoch konnte der Vorstand nicht für dieselben eintreten. Die Lohnverhältnisse in der Deutschen Warte sind miserabel. Die Vorstände der Berliner Institutellen haben den Obermeister zu einer Sitzung geladen, wo eine gegenseitige Aussprache stattfand. Dieselben Verhältnisse sind bei Marchner. Dem Kollegen Hardig ist die Frau gestorben. Hierauf verliest Reich die Kandidaten zur Ortskrankenkasse. Unter denselben befindet sich auch der Kollege Wittig. Da derselbe im letzten Jahr ebenfalls ausgeschieden war, sein Amt aber nicht ausgeübt hat, wird beantragt, denselben zu streichen; Kollege Griseiler ist der Ansicht, daß das mit dem Kollegen Martin aus demselben Grunde ebenfalls geschehen müßte, womit sich die Kollegen einverstanden erklären. Ferner gibt Reich bekannt, daß sich der Arbeitsnachweis vom 1. Oktober ab Neuenburgerstraße 8 befindet, Telefon: Amt 4, 4163. Kollege Sternitzki teilt mit, daß der Nachweis sehr gut floriert. Rummel macht Kollege Fallenberg folgende Kollegen als Bistretanten vom Stiftungsfest bekannt: Heister 5, Wittbrodt 10, Döpe 2, Paul van Deuren 3, Boehle 3, Pameiael 3, Oberender 2, Gloth 2, Daß 1, Sellwig 1, Widel 1 Bilet. Alsdann wurden 20 Kollegen neu aufgenommen und vom Vorsitzenden willkommen geheißen. Betreffs Remuneration teilt Reich mit, daß wir durch die Anstellung eines Nachweisers eine jährliche Mehrausgabe von 600 Mk. haben. Als Remuneration für den Vorstand wurde nach längerer Debatte folgendes festgesetzt: Für den 1. Vorsitzenden 300 Mk., den 2. Vorsitzenden 150 Mk., den 1. Kassierer 150

Markt, den 2. Staffierer 50 Mt., den 1. Schriftführer 75 Mt., den 2. Schriftführer 50 Mt., den 2. Peißern 25 Mt. Zum 4. Punkt Stellungnahme zu den Anlageapparaten führte Kollege Jäbide in vortrefflicher Weise den Kollegen die Schäden vor Augen, welche bei allgemeiner Einführung des Apparates den Kollegen drohen. Um nun schon gerüstet zu sein, ehe es zu spät ist, ist es notwendig, daß wir uns ernstlich mit dieser Frage beschäftigen, um Mittel und Wege ausfindig zu machen, daß wir so viel wie möglich vor Schäden bewahrt bleiben. Und das ist nur dann möglich, wenn wir dahin wirken, daß diese Maschinen nur vom organisierten Hilfspersonal bedient werden. Kollege Bucher erklärt hierauf, daß diese Frage nicht nur für die Zahlstelle II Interesse hat, sondern sie ist von Bedeutung für den ganzen Verband. Kollege Falkenberg hält die Resolution des Kollegen Jäbide für zutreffend und erludt dieselbe anzunehmen. Gleich: Die Resolution ist eine Richtschnur für die Zahlstelle II. Im übrigen ist diese Angelegenheit eine Verbandsangelegenheit, da wäre es unbedingt notwendig gewesen, daß der Verbandsvorstand die Initiative ergriffen hätte, und nicht erst wartet, bis die Zahlstellen sich damit beschäftigen. Ferner ist er gegen die Kommissionbildung. Er empfiehlt ebenfalls die vorgeschlagene Resolution. Kollegin Thiede erklärt, daß diese Angelegenheit eine Zahlstellen- und Verbandsangelegenheit ist. Der Verbandsvorstand konnte nicht eher eingreifen, ehe die Kollegen nicht berichten konnten, daß Anlageapparate aufgestellt seien; sie erucht, den Antrag des Kollegen Bucher anzunehmen, da der Verbandsvorstand sonst in der öffentlichen Versammlung, welche nächstens stattfindet, eine Kommission wählen lassen würde. Kollege Gleich warnt davor, eine Kommission in öffentlicher Versammlung zu wählen. Reuter hält die Gefahr der Anlageapparate nicht für so schlimm. Grieseler meint, daß die Arbeit an den Anlageapparaten in erster Linie den Anlegern zukommt, da diese die Geschädigten sind. Ein Antrag auf Schluß der Rednerliste wurde nunmehr angenommen. Kollegin Teske führt aus, daß die heutigen Ausführungen wieder bewiesen haben, daß es notwendig ist, daß wir eine kompakte Masse bilden, indem die beiden Berliner Zahlstellen zusammengeschlossen würden. Nachdem nun Kollege Jäbide auf die Ausführungen der Redner näher eingegangen war, wurde die Resolution deselben einstimmig angenommen. Unter Vorbehalten stellt Kollege Alex den Antrag, auf die Tagesordnung der nächsten Generalversammlung den Punkt zu setzen: „Wo wird in Zukunft die Arbeitslosen-Unterstützung ausgegahlt?“ Derselbe wurde angenommen. Gleich macht darauf aufmerksam, daß sich die Grimmitzauer Weber im Streit befinden und erucht, die ausgegebenen Sammellisten zahlreich zu zeichnen. Mit einem Hoch auf den Verband und die Zahlstelle II schloß nun Kollege Gleich die Versammlung um 7 Uhr 10 Minuten. Das folgende geistliche Beisammensein hielt Kollegen und Gäste noch mehrere Stunden fröhlich beisammen.

Dresden. Am Dienstag, den 29. September fand im Volkshaus eine öffentliche Schleiferversammlung mit folgender Tagesordnung statt: 1. Diskussion über die am 18. Oktober in Leipzig stattfindende Schleiferkonferenz. 2. Wahl eines Wahlausschusses. 3. Vorschläge zur Delegiertenwahl. 4. Gewerkschaftliche Angelegenheiten. Zum 1. Punkt erläuterte Kollege Fide den Beginn und bisherigen Verlauf der Schleiferfrage, der dadurch ein Ende gemacht werden sollte, daß Vertreter der im Steinbruder-Verband organisierten Schleifer, sowie der dem Buchdrucker-Hilfsarbeiterverband angehörigen und der unorganisierten Schleifer in Leipzig zu einer Konferenz zusammenzutreten sollen, um zu beschließen, ob die Schleifer in Zukunft dem Steinbruderverband anzugehören haben, oder ob sie, wie vielfach gewünscht wird, dem Hilfsarbeiterverband weiter angehören sollen. Redner fordert zum Schluß noch auf, zu Delegierten nur solche Leute vorzuschlagen, welche die Interessen unserer Organisation fest vertreten, denn wenn die Schleifer gezwungen würden, aus dem Hilfsarbeiterverband auszutreten, so würde die Dresdener Zahlstelle bald dem Verfall entgegen gehen. Hierauf ergriff Kollege Krumpfert das Wort und erklärt, daß bei den niedrigen Löhnen der Schleifer der Beitrag von 50 Pf., wie ihn der Druckerverband verlangt, viel zu hoch sei. Es müßte jedem so leicht als möglich gemacht werden, sich einer Organisation anzuschließen. Zahlrelang hätte sich der Steinbruderverband nicht um die Schleifer gekümmert, nun aber, da man sieht, daß die Schleifer für die Organisation zu haben sind, sei man aufgewacht und verlange die Schleifer für sich. Jetzt gehörten der Zahlstelle Dresden 38 Steinbruder an; wenn diese gezwungen würden durch Beschluß auszutreten, so sei er sicher, daß im Höchstfalle ein Drittel sich dem Steinbruderverband anschließen würden. Festgestellt müsse werden, daß der Verband der Hilfsarbeiter bei den niedrigen

Beiträgen an Unterstützung leiste, was nur möglich sei, man solle daher an dem festhalten, was man habe. Fide bedauert noch, daß vom Druckerverband heute niemand anwesend sei; der Vertrauensmann habe es fest versprochen zu erscheinen, leider aber nicht Wort gehalten. Hierauf erläutert Fide, daß wir heute die Wahl der Delegierten nicht direkt vornehmen können, da wir uns erst mit Weichen in Verbindung setzen müssen und so müsse noch eine zweite Versammlung einberufen werden, welche die Wahl vorzuziehen wird; es sei daher notwendig, einen Wahlausschuß zu wählen, welcher die Wahl zu beaufsichtigen und die Verhandlungen mit Weichen und Kirchheim zu erledigen hat. Hierauf werden die Kollegen Friedrich, Jartuschik, Baum, Klähre und Reichelt vorgeschlagen, welche die Wahl auch annehmen. Zu Delegierten werden die Kollegen Fide und Klähre vorgeschlagen, welche ebenfalls annehmen. Ueber die endgültige Wahl hat jedoch die nächste Versammlung zu entscheiden. Folgender Antrag ging ein: Die am 29. September 1903 im Volkshaus tagende öffentliche Versammlung der Steinbruder Dresdens erucht die Generalkommission, insolge ausgebrochener Grenzstreitigkeiten (dem Verband der Lithographen, Steinbruder und Berufsigen, einerseits, und dem Verband der Buch- und Steinbrucker-Hilfsarbeiter andererseits), zu der am 18. Oktober d. Js. in Leipzig stattfindenden Konferenz der Schleifer einen Vertreter ihrerseits zu entsenden. Dieser Antrag fand einstimmige Annahme. Kollege Krumpfert ermahnt die Anwesenden noch zu lebhafter Agitation in Buch- wie auch in Steinbruderereien. Hierauf Schluß der Versammlung.

Rundschau.

Richard Härtel, der Gründer des Verbandes der Deutschen Buchdrucker, ist, 68 Jahre alt, infolge eines Schlaganfalles nach mehrmonatlichem Krankenlager am 26. September in Leipzig gestorben. Ein halbes Jahrhundert hat der Verbliebene in den verschiedensten Stellungen der Gehilfenchaft seine ganze Kraft geopfert; in den Jahren 1868 bis 1879 war er Präsident des Verbandes. Sein Prinzip war: Verantworte an die praktische Arbeit mit Ernst, Geduld, Ausdauer und gutem Willen. Diesem Prinzip ist er treu geblieben und sein Wirken ist er von großem Erfolg gekrönt: sein bleibendes Denkmal ist der stolze Verband, zu dem er den ersten Stein gelegt. Der Deutsche Buchdruckerverband bietet ihm dankerfüllt den letzten Scheidegruß und auch unser Verband, der in dem Verbliebenen einen der besten Kämpfer für die Interessen aller Zugehörigen des deutschen Buchdruckgewerbes erblickt, wird sein Andenken stets in Ehren halten und seine Werke nie vergeßen.

Eine Massenaußsperrung der Metallarbeiter in Berlin hat der Kinnemänner-Verband in Szene gesetzt. Am 8. September beschlossen die Berliner Gürtler und Metallbrüder, in eine Lohnbewegung einzutreten. Ihre Forderungen waren: 9-stündige Arbeitszeit, Ueberstundenbeschränkung. Mindestlohn 50 Pf. pro Stunde, für Metallbrüder 60 Pf., bei Ueberstunden 25 pCt., bei Hausarbeit 10 Pf. Zuschlag. Außerdem wurde gefordert: Entlassungen

wegen Mangel an Arbeit dürfen erst dann vorgenommen werden, wenn bei einer Verkürzung der Arbeitszeit auf mindestens 6 Stunden täglich nicht mehr für alle Arbeiter genügend Beschäftigung ist. Obwohl bereits ein Teil der Arbeitgeber diese Forderungen bewilligt hatte, fühlte sich die Vereinigung Berliner Metallwarenfabrikanten bemühtig, einzugreifen und die Forderungen in pure abzulehnen, jede Verhandlung mit den Leitern des Metallarbeiterverbandes zu verbieten, auch selbst vor dem Einigungsamt —, und in einer weiteren Versammlung drohte er, falls bis zum 28. September die Arbeit nicht aufgenommen sei, mit der Schließung sämtlicher Betriebe, bei denen etwa 14.000 Arbeiter in Betracht kommen. — Trotz dieses Ufats gelang es dem Metallarbeiterverband, mit einer Kommission der Arbeitgeber, die 95 Firmen der Gürtler- und 42 Firmen der Metallwarenbranche, zusammen mit etwa 5000 bis 6000 Arbeitern vertrat, vor dem Einigungsamte einen Vergleich zu schließen, in dem die wesentlichen Forderungen der Arbeiter anerkannt wurden, u. a. auch die der bedingten Entlassung bei Mangel an Arbeit nach Verabbarung der Arbeitsdauer auf sechs Stunden. Nach diesem Erfolg mußte man das Vorgehen der Metallwarenfabrikanten als gescheitert betrachten. Indes setzten es die Kinnemänner doch durch, daß der Übermeister der Gürtlerinnung sein Amt niederlegen mußte und am 30. September begannen die Aussperrungen. In den Betrieben der Mitglieder des Fabrikantenverbandes sind ca. 14.000 Arbeiter beschäftigt. In 12 Versammlungen nahmen die Metallarbeiter zur Aussperrung Stellung, erklärten sich mit dem Vorgehen der Gürtler und Metallbrüder einverstanden, versprachen mit allen Kräften den Kampf durchzuführen und beschloßen, daß alle arbeitenden Kollegen eine Streiksteuer von 5 pCt. ihres Verdienstes zur Unterstützung der Ausgesperrten zu entrichten haben.

Versammlungsanzeigen.

Berlin, Zahlstelle I. Sonntag, den 18. Oktober, nachmittags 2 Uhr: Mitglieder-Versammlung bei Feuerstein, Alte Jacobstr. 75 (oberer Saal). Tagesordnung: 1. Mitteilungen. 2. Aufnahme neuer Mitglieder und Beitragszahlung. 3. Unsere Statistik und welchen Nutzen ziehen wir aus ihr? 4. Verschiedenes. Um pünktliches Erscheinen erucht

Der Vorstand.

Berlin. Sonntag, den 25. Oktober 1903, nachmittags 2 Uhr: Kombinierte Versammlung beider Berliner Zahlstellen in den Arminshallen, Kommandantenstraße 21 (großer Saal). Tagesordnung: 1. Juch und Ziele unserer Organisation (Referent: Kollegin Thiede). 2. Wie stellen wir uns zu den Anlageapparaten (Referent: Stoll, Jäbide). 3. Verschiedenes.

Der wichtigen Tagesordnung wegen ist das Erscheinen aller Kolleginnen und Kollegen unbedingt notwendig. Nach der Versammlung geistliches Beisammensein (Vorträge und Tanz).

Der Einberufer.

Zahlstelle Berlin I. Mittwoch, den 14. Oktober, abends 7 Uhr: Versammlung im Lokale „Neue Post“, Beuthstraße 20.

Orts-Krankenkasse für das Buchdruckgewerbe zu Berlin. Ordentliche General-Versammlung

am Sonntag, 1. November 1903, vorm. 10^{1/2} Uhr, in der Berliner Ressource, Kommandantenstr. 57.

Tages-Ordnung:

1. Wahl von drei Vorstandsmitgliedern für die Jahre 1904—1906 (1 Arbeitgeber, 2 Arbeitnehmern).
2. Wahl des Rechnungs-Ausschusses für das Jahr 1904.
3. Abänderung des Kasienstatuts.
4. Abänderung der Vorschriften über die Krankenmeldung usw.
5. Verschiedenes.

Berlin, den 10. Oktober 1903.

Der Vorstand der Orts-Krankenkasse für das Buchdruckgewerbe zu Berlin.
Johannes Henz, Vorsitzender. Otto Wontzki, Schriftführer.

Verein der Stereotypen- und Galvanoplastiker Berlins und Umgegend.

Sonntag, den 18. Oktober 1903

Elftes Stiftungs-Fest

in der Berliner Ressource, Kommandantenstr. 57

verbunden mit Konzert und Theater-Vorstellung nebst anschließendem Tanz-Kränzchen.

Auftreten von Spezialitäten ersten Ranges.

Anfang des Konzerts 6 Uhr, der Vorstellung präzis 7 Uhr. — Billets inklusive Tanz 50 Pf.

Programm an der Kontrolle gratis. — Billets sind bei allen Mitgliedern sowie im Arbeitsnachweis, Herrn Schulz, Prinz Albrechtstr. 3, zu haben.

Um zahlreichen Besuch bittet

Das Komitee.